

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

AVIII/159

Bonn, der 22. August 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:		Zeilen:
1a	Die kleinlichen Ränkeschmiede	72
	Ein Wort zum "Mißtrauensantrag" gegen Bürgermeister Albertz Von Franz Barsig	
2	Schluß mit "Mauerdenken" ?	19
	Überraschende Erklärung in der PRAWDA	
2	"Nutzloses Schauspiel von Kulissenschieberei"	21
	De Gaulle und die Genfer Abrüstungskonferenz	
4	Mit guten Reden ist es nicht getan	36
	Zonengrenzlandhilfe muß endlich wirksam werden !	
6	Die Zypern-Frage kommt wieder in Bewegung	86
	Makarios will die Verfassung revidieren Von Dr. B.P. Mathiopoulos	

Chefredakteur Günter Markscheffel

### Die kleinlichen Ränkeschmiede

Ein Wort zum "Mißtrauensantrag" gegen Bürgermeister Albertz  
Von Franz Barsig

Die Berliner CDU wird nach den gestrigen Beschlüssen ihrer Fraktion im Abgeordnetenhaus einen Mißtrauensantrag gegen den Berliner Bürgermeister Heinrich Albertz einreichen, dem immer noch die Begründung fehlt, denn die bloße Behauptung, Heinrich Albertz sei für Berlin "untragbar", kann nichts von den Verdiensten schmälern, die sich der Berliner Bürgermeister um die Freiheit und die Sicherheit dieser Stadt erworben hat.

Dieser "Mißtrauensantrag" wird abgelehnt werden, denn wer den Wortlaut der Rede von Heinrich Albertz im Hessischen Rundfunk am 3. August kennt, hat keine Veranlassung, eine Mißbilligung auszusprechen. Im Gegenteil, es ist eine Tatsache, daß sich in Berlin entscheidet, ob Deutschland wieder eine Selbstverständlichkeit sein wird, oder die Teilung auf unabsehbare Zeit erhalten bleibt.

So könnte man im Grunde genommen zur Tagesordnung übergehen und meinen, daß die Berliner CDU in ihrem Eifer, ein "Oppositionsprofil" zu gewinnen, weit über das Ziel hinausgeschossen ist und selber den Schaden zu tragen haben wird.

So einfach liegen die Dinge aber nicht. Schon die Tatsache, daß an der entscheidenden Landesversammlung-Sitzung der CDU Bundesminister K r o n e und der Berlinbeauftragte der Bundesregierung, Staatssekretär von E c k a r d t, der als Beauftragter in dieser Veranstaltung nichts zu suchen hatte, teilgenommen haben, zeigt, daß überregionale Aspekte verfolgt werden.

Es hat in der CDU/CSU immer eine nicht schwache Gruppe gegeben, die es nicht verwundern kann, daß die Außenpolitik etwa seit dem Jahre 1960 nicht unumschränkt als Schlegelinstrument in der innenpolitischen Auseinandersetzung gegen die Sozialdemokratische Partei verwendet werden kann. Es war die Gruppe, die der ernst gemeinten und heute noch gültigen These der SPD, daß in Lebensfragen der Nation die Parteipolitik zurückzutreten hat, zunächst nur Hohn und Spott entgegengesetzt und später, als sie merkte, daß das deutsche Volk ihr Vorgehen ablehnte, begierig auf jeden kleinsten, meist vorgeschobenen Anlaß wartete, um einen neuen Streit vom Zaune zu brechen.

Es sind genau dieselben Leute in der CDU/CSU, die in den letzten vier Wochen auch in den eigenen Reihen Verwirrung gestiftet

haben und die meinten, der Teststoppvertrag sei ein geeignetes Mittel, um Politiker der eigenen Partei abschlußreif zu machen.

\* \* \*

Die Frage ist, ob die Bundesrepublik ein solches Verhalten gerade jetzt ertragen kann. Ihre Politik war denkbar einfach - aber dazu noch fehlerhaft - zu gestalten, als die beiden Machtblöcke Gewehr bei Fuß standen und man nur genötigt war, in das richtige Propagandahorn zu blasen. Sie wird komplizierter in einer Periode, in der sich Spannungsmomente zeigen und in der es darauf ankommt, es sinnvoll in Übereinstimmung zu bringen, sich der Entspannung nicht in den Weg zu stellen aber gleichzeitig so viel wie möglich für die Sicherheit der Verkehrswege nach Berlin, die Sicherheit dieser Stadt und an Erleichterungen für die Menschen in Berlin und der Zone herauszuschlagen.

Auf diese neue Situation ist die Bundesregierung, ganz zu schweigen von der Berliner CDU, offensichtlich nicht vorbereitet. Bisher steht sie ihr hilflos gegenüber und hat nur das Schauspiel der Zerrissenheit geboten.

Jetzt rächt sich bitter, daß man den sozialdemokratischen Vorschlag vom 9. September 1961 nicht aufgegriffen hat, als Willy Brandt in Dortmund vorschlug, ein Abrüstungsgesamt zu schaffen und Kommissionen von Sachverständigen und politischen Spitzenvertretern einzusetzen, deren Aufgabe es gewesen wäre, die Linie einer deutschen Politik zu erarbeiten, die heute wirksam werden könnte.

\* \* \*

Einer Partei und einer Bundesregierung, die diese Versäumnisse zu verantworten haben, steht es deshalb schlecht an, jeder Diskussionsteilnehmer, der aus ehrlichem Herzen kommt und von der Sorge um das deutsche Schicksal diktiert ist, nur mit durchsichtigen innenpolitischen Manövern zu beantworten. Sie wäre viel besser beraten, wenn sie dem folgen würde, was Erich Glienhard am 20. August in seiner Rede im Hessischen Rundfunk vorgeschlagen hat, nämlich für die nächste Verhandlungsrunde vertraulich, aber auf breiter Grundlage einen deutschen Standpunkt zu erarbeiten. Denn was immer geschieht: es muß nicht nur von den Anhängern der Regierungsparteien oder gar nur von Teilen der Regierungsparteien, sondern von g a n z e n deutschen Volke getragen werden.

+ + +

Schluß mit "Mauerdenken"?

Überraschende Erklärung in der PRAWDA

sp - Im offiziellen Organ der kommunistischen Partei der Sowjetunion, PRAWDA, ist am Mittwoch folgender erstaunlicher Satz zu lesen:

- \* "In Gedanken, aber nur in Gedanken kann man eine Mauer von
- \* beliebiger Höhe und beliebiger Dicke zwischen dem errich-
- \* ten, was im Westen vor sich geht und dem, was im Osten ge-
- \* schieht. In der realen Wirklichkeit gibt es jedoch eine
- \* solche Mauer nicht."

Wer das in Deutschland liest, denkt natürlich sofort an Ulbrichts Schandmauer in Berlin. Er irrt sich jedoch zunächst, denn die PRAWDA erhebt sich nicht an die Mauererbauer in Pankow, sondern an die Führer der Volksrepublik China. Der von uns zitierte Satz ist in einem Artikel enthalten, in dem sich die Führung der Sowjetunion mit den chinesischen Kommunisten auseinandersetzt. - Wenn jedoch - wie gesagt - Peking meint ist, so dürfte es unausbleiblich sein, daß auch Pankow die Politik gegen das Mauerdenken auf sich bezieht. Bei der erstaunlichen Entschiedenheit Chruschtschows ist es durchaus nicht von der Hand zu weisen, daß er auf diese Weise indirekt die deutschen Kommunisten rügen wollte. Auch in Moskau weiß man nur zu gut, daß die Schandmauer in Berlin die Kommunisten in der Welt kompromittiert hat.

+ + +

"Nutzloses Schauspiel von Kulissenschieberei" ?

De Gaulle und die Genfer Abrüstungskonferenz

sp - Der französische Staatschef de Gaulle scheint nach wie vor entschlossen zu sein, die zur Zeit in Gang befindlichen Bemühungen Kernenys um eine Entspannung auch weiterhin nicht zu unterstützen. Überraschend kehrte de Gaulle am Mittwoch von seinem Perianaufenthalt nach Paris zurück, beorderte seine Minister zu einer Kabinettsitzung und ließ danach verkünden, er sei entschlossen, an keiner Viermächtekonferenz über eine Beschränkung des atomaren Wettübens teilzunehmen, sondern werde nach dem von ihm vor Ende dieses Jahres erwarteten Aufhören der Genfer Konferenz selbst eine Abrüstungskonferenz einberufen. Da de Gaulle kürzlich die Genfer Verhandlungen als ein "nutzloses Schauspiel von Kulissenschieberei" bezeichnet hatte, entspricht diese Erklärung nach der Kabinettsitzung durchaus seiner Denkweise. - Dahinter steht die Absicht de Gaulles, noch im Herbst dieses Jahres eine "eigene" Bombe in der Südsee auszuprobieren, um sich dann als "vierte Atommacht" präsentieren zu können. Da möglicherweise von der Volksrepublik China ähnliche Absichten verfolgt werden, könnte sich die kuriose Situation ergeben, daß Paris und Peking einträchtig miteinander gegen Kerneny und Chruschtschow anrennen. Ohne das besondere deutsch-französische Freundschaftsverhältnis strapazieren zu wollen, wird sich dann für die offizielle deutsche Politik ein merkwürdiges Dreiecksverhältnis ergeben.

+ + +

Mit guten Reden ist es nicht getan

Zonengrenzlandhilfe muß endlich wirksam werden !

sp - Mit guten Reden ist es nicht getan. Diese Feststellung ist das Fazit einer Zonengrenzlandtagung des niedersächsischen DGB in Holmstedt, die vor kurzem stattfand. Vor allen Landtags- und Bundestagsabgeordneten sowie den Gewerkschaftsdelegierten aus allen Zonenrandkreisen Niedersachsens kritisierte der DGB scharf die bisherige Landhebung der Hilfsmaßnahmen des Bundes für das Zonenrandgebiet im Rahmen der allgemeinen Förderungsprogramme. Mit einer solchen allgemeinen Feststellung war auch schon seit langem zu rechnen, denn die Bonner Hilfsmaßnahmen verwässerten bisher eine echte Zonenrandhilfe. Dr. Walter Conrady, Vorsitzender des Ostrandausschusses des Deutschen Landkreistages und selbst Oorkreisdirektor in Holmstedt, den durch die Zonengrenzziehung mit am härtesten betroffener Kreis, nahm auch auf der niedersächsischen Tagung kein Blatt vor den Mund.

Ausgehend von der weiteren Feststellung des Sprechers des Deutschen Landkreistages, daß die Bundesregierung die politische Bedeutung der Probleme des Zonenrandgebietes weitgehend verkannt habe, wurde auch die grundlegende Forderung erhoben, die Bundesregierung müsse durch gesetzliche Regelung endlich auch nach aussen hin dokumentieren daß sie sich dem Zonengrenzgebiet ebenso verpflichtet fühle wie West-Berlin. Diese Forderung ist nicht etwa eine Abwertung des politischen Problemfalls West-Berlin, sondern lediglich eine ergänzende Feststellung im Hinblick auf die Auswirkungen der Zonengrenzziehung in Deutschland und in Berlin am 13. August. Denn gerade unter dem Aspekt der "Berliner Mauer" betrachtet, hat sich die Verwässerung der Zonenrandhilfen des Bundes nach dem tragischen Datum zu einer politischen Fauce entwickelt. Daß man nach dem 13. August mehr davon ausging, dem Zonengrenzgebiet nicht mehr den Charakter eines ausgesprochenen Notstandsgebietes einzuräumen und infolgedessen die Förderungsmaßnahmen zu verringern, unterstreicht geradezu symptomatisch die Bonner Auffassung, daß man nicht mehr gewillt ist, zwischen einem Notstandsgebiet im klassischen Sinne und einem staatspolitischen Problem-Gebiet zu unterscheiden. Gerade unter dem Gesichtspunkt einer solchen Differenzierung aber erscheint eine wirksame Zonengrenzlandhilfe akuter denn je. Der Sprecher des Deutschen Landkreistages machte darauf ebenfalls aufmerksam.

Der DGB Niedersachsen hat seine Forderungen für das Zonengrenzgebiet in einer Resolution zusammengefaßt:

- \* Wiederaufnahme nachbarschaftlicher Kontakte und Lockerung der Grenzsperrren.
- \* Verstärkte Konfrontierung des Auslandes mit der Realität der deutschen Trennung in Westberlin und im Zonengrenzgebiet.
- \* Verbesserung der Infrastruktur.
- \* Verstärkte Investitionen durch Unternehmen der öffentlichen Hand an Stelle geplanter Einschränkungen
- \* Trennung des Zonenrandförderungs-Programms von den Sanierungsprogrammen.
- \* Wiedererrichtung des Unterausschusses des Bundestages für das Zonenrandgebiet.
- \* Gesetzliche Regelung von Förderungsbestimmungen auch für die Arbeitnehmer.
- \* Koordinierung der Förderungsmaßnahmen zwischen den Bundesländern.
- \* Ausführung des Bundestagsbeschlusses von 1955 über die Bereitstellung von jährlich 25 Millionen DM für kulturelle Förderungsmaßnahmen.
- \* Bis zur Wiedervereinigung Deutschlands Einreihung der Zonengrenzreise in die jeweils höchste Ortsklasse.
- \* Stellungnahme in der kommenden Regierungserklärung zu diesen Fragen.

Die in Helmstedt getroffenen Feststellungen und erhobenen Forderungen lassen sich indessen mit früheren Erklärungen des Bundeswirtschaftsministeriums zur Lage im niedersächsischen Zonenrandgebiet nicht identifizieren. Es war darin die Rede von "günstiger Entwicklung und einem Zuwanderungsgewinn" im Zonenrandgebiet. Derartige Behauptungen lassen sich schneller widerlegen als sie ausgesprochen wurden:

- \* Im Zonenrandgebiet Niedersachsens liegt der Industriebesatz 17 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt.
- \* Von 1950 bis 1961 hat sich an der niedersächsischen Zonen-grenze ein Bevölkerungsdefizit von 4,6 Prozent ergeben, im übrigen Bundesgebiet war hingegen im gleichen Zeitraum ein Zuwachs von 10,9 Prozent zu registrieren.

Solange in Bonn solche Auffassungen vertreten werden, dürfte es um so viele Hilfsmaßnahmen für das Zonenrandgebiet schlecht bestellt sein. Gerade aber die sozialpolitische Entwicklung in den Kreisen entlang der Zonengrenze ist der 1-Punkt auf der optischen Wirkung, wie in Bonn der politischen Realität begegnet wird.

## Die Cypem-Prage komat wieder in Bewegung

Makarios will die Verfassung revidieren

Von Dr. B.P. Mathiopoulos

Der Präsident der Republik Cypem, Erzbischof Makarios, erklärte kürzlich, die Zeit sei reif für eine Revision der Verträge von Zürich und London des Jahres 1959, die der Mittelmeerinsel die Unabhängigkeit brachten.

Dieses Vertragswerk verpflichtet den neu erstandenen Staat, die Grundlagen der ihm gegebenen Verfassung in keiner Weise zu ändern. Ein Volksentscheid etwa, der sich für das Recht der Selbstbestimmung äußerte, wäre gemacht nicht erlaubt. Diese Regelung hat man getroffen, um einerseits den Anschluß Cyperns an Griechenland zu verhindern, das zypriotische Volk besteht zu 83 Prozent aus Griechen und zu 17 Prozent aus Türken, und um andererseits die Rechte der türkischen Minderheit nach Möglichkeit zu wahren.

Die Verträge zur Gründung des Staates Cypem wurden von den damaligen Regierungschefs Griechenlands und der Türkei, Karamanlis und Enderes, unterzeichnet. Im Zuge der angedeuteten Grundidee traf man auf eine Reihe schwerwiegender Einzelregelungen. So wurde bestimmt, daß die zypriotischen Türken in Regierung und Verwaltung zu 30 Prozent, in der Armee sogar zu 40 Prozent vertreten sein müßten. Der Vizepräsident der Republik muß stets ein Türke sein. Ihm steht ein Vetorecht in allen Fragen der Aussenpolitik, der Verteidigung und der inneren Sicherheit zu. Weiterhin bedarf ein Gesetz, das die Regelung von öffentlichen Abgaben, Steuern und Gebühren zum Gegenstand hat, zu seiner Wirksamkeit der Stimmenmehrheit sowohl der griechischen als auch der türkischen Abgeordneten. Das zypriotische Parlament besteht aus 35 Griechen und 15 Türken. Schließlich sollen ab 1. Januar 1963 die fünf größten Städte der Insel getrennte griechische und türkische Kommunalverwaltungen errichten, die für den jeweils ihnen unterstellten Bevölkerungsteil zuständig sind.

Insgesamt ist die Verfassung Cyperns eine der kompliziertesten der Welt, da die sachverständigen Griechen und Türken, die sie ausarbeiteten, gezwungen waren, sich eng an den im Vertrag von Zürich geschaffenen Rahmen zu halten. Die oben genannten Bestimmungen entspringen dem Vertrag und sind Grundentscheidungen, an die sich England, Griechenland und die Türkei durch ihre Unterschrift gebunden haben. In Artikel 4 behalten sich die drei Mächte das Recht vor, für den Fall, daß man in Cypem versuchen wolle, dem Vertrag zuwiderlaufende Regelungen zu treffen, gemeinsame Maßnahmen zur Wiederherstellung des status quo zu ergreifen.

In der Praxis erwies sich das Vertragswerk teilweise als undurchführbar. So konnten die Türken, die nur 17 Prozent der Gesamtbevölkerung bilden, unmöglich 30 Prozent der Staatsbeamten stellen. Dennoch forderten sie eine höhere Beteiligung an der Verwaltung der Republik. Sie weigerten sich Ende des vergangenen Jahres, neuen Steuerverordnungen ihre Stimme zu geben und forderten die zypriotischen Türken auf, keine Steuern zu zahlen. Andererseits drängen sie seit Beginn des Jahres auf die Errichtung getrennter Kommunalverwaltungen. Makarios weigerte sich,

dieser Maßnahme seine Zustimmung zu geben. Das führte zur politischen Spaltung der Insel, und die daraus entstandene Situation zwang sogar den Präsidenten des obersten Verfassungsgerichtshofes Cyperns, den Heidelberger Professor Forsthoff, sein Amt niederzulegen.

Makaros stützt sich auf Artikel 1 der cyprischen Verfassung. Er besagt, daß Cypern ein unabhängiger demokratischer Staat ist. Unter dem Druck der politischen Situation will er das Parlament auflösen und eine verfassungsgebende Nationalversammlung einberufen, die die jetzigen Bestimmungen der Verfassung, die die wirtschaftliche Entwicklung der Inselrepublik in unerträglicher Weise hemmen, abändert. Er betont, die Rechte der türkischen Minderheit würden auf jeden Fall bewahrt bleiben. Doch die Türkei protestierte in schärfster Form, und die Presse in Ankara drohte sogar mit "militärischen Schritten". Die cyprische Regierung erklärte demgegenüber, sie sehe dies als unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines unabhängigen Staates an.

Cypern ist bekanntlich Mitglied der Vereinten Nationen und des britischen Commonwealth. Die von Makaros erstrebte Revision scheint im Gegensatz zur Türkei bei den beiden anderen Garantiemächten, Griechenland und England, ein gewisses Echo zu finden. Die fünfjährige Forderung der Statuten von Zürich und London hat bewiesen, daß derart konstruierte Bedingungen keine Möglichkeit für eine friedliche und normale Entwicklung der Mittelmeerinsel bieten.

Makaros' Bestrebungen werden sich verwirklichen lassen, wenn er sich nur mit der türkischen Ablehnung seiner Pläne auseinandersetzen muß. Denn als ultima ratio bleibt ihm immer noch, die Cypern-Frage vor die Vereinten Nationen zu bringen. Angesichts des Unabhängigkeitsstrebens vor allem der afroasiatischen Mitglieder, dürfte das Ergebnis nicht sonderlich zweifelhaft sein. Die jetzige Verfassungsordnung Cyperns ist insofern paradox, als die Mehrheit der Bevölkerung an der Forderung einer 7-prozentigen Minderheit gebunden ist und über einer Verfassungsänderung das Damoklesschwert einer ausländischen Intervention schwebt. Diese Regelung verstößt gegen die Charta der Vereinten Nationen, nach der jedes Mitglied unabhängig und in seinen Rechten geschützt ist. Darüber hinaus lebt Cypern unter einer Verfassung, die noch nicht einmal vom Parlament verabschiedet worden ist.

Makaros will die das Leben der Inselrepublik hemmenden Bestimmungen, die damals Menekides und Karamanlis - unter heftiger Ablehnung durch die griechische Opposition - vereinbart haben, unter rechtsstaatlichen Voraussetzungen ändern. Das bedeutet nicht etwa den Anschluß Cyperns an Griechenland. Vielmehr steht zu hoffen, daß Cypern nach langen und blutigen Kämpfen endlich frei und unabhängig wird.